

E-Mail-Newsletter

16. September 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

in dieser Woche findet von Freitag bis Sonntag, 18.-20.09.2009 unsere Tagung [Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Europa](#) in Bad Herrenalb statt. **Kurzentschlossene können sich noch heute per Mail anmelden.** Machen Sie im Mail unbedingt die folgenden Angaben: Name, Vorname, vollständige Anschrift, Telefonnummer, Anreisetag und Uhrzeit, Abreisetag und Uhrzeit, Übernachtung ja/nein; Essen ja/nein.

Nicht versäumen wollen wir im Folgenden auch noch einmal auf die Möglichkeit, über den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg **Materialien für Ihre Veranstaltungen zum Tag des Flüchtlings zu beziehen.** Mehr dazu unter Punkt 1.

Hingewiesen sei auch noch einmal auf die **Wahlprüfsteine** (siehe unter Punkt 2), mit denen Sie Ihre lokalen BundestagskandidatInnen zu Aussagen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik bewegen können. Was sagen eigentlich die Kandidatinnen und Kandidaten Ihres Wahlkreises zu verschiedenen flüchtlingspolitischen Themen?

Natürlich gibt es darüber hinaus auch in diesem E-Mail-Newsletter jede Menge Informationen, Nachrichten, Tipps und Termine.

Mit herzlichem Gruß
Ihr Reiner Klass

1. Tag des Flüchtlings/Interkulturelle Woche: ein Tag bei Flüchtlingen

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg empfiehlt, bei Aktionen auf die rigide Lagerunterbringung von Flüchtlingen hinzuweisen. Materialien für die Veranstaltung sind kostenlos bestellbar.

2. Wahlprüfsteine

Haben Ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag etwas zu den Themen Flucht und Asyl zu sagen? Fragen Sie sie!

3. Härtefallkommission in Baden-Württemberg darf weiterarbeiten

Die bislang bis 31.12.2009 befristete Regelung habe sich bewährt, so der baden-württembergische Innenminister Rech.

4. Save Me Kampagne

Was gibts Neues zum Thema Resettlement?

5. Asyl für André Shepherd

Der ehemalige US-Soldat, der 2008 desertierte, hat in Deutschland Asyl beantragt. Wir zitieren die Pressemitteilung von Connection e. V. zum Antikriegstag.

6. Altfallregelung: Aufenthaltserlaubnisse in Gefahr

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage von Bündnis 90/Grüne im Bundestag zeigt, dass viele der Bleibeberechtigten Ende 2009 ihre Aufenthaltserlaubnis auf Probe wohl wieder verlieren werden.

7. 884 Widerrufe im 2. Quartal 2009

Im selben Zeitraum kam es in 73 % der Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren zu keinem Widerruf.

8. 2.448 Asylanträge im August 2009

so das Bundesinnenministerium in seiner monatlichen Pressemitteilung zum Thema.

9. Abschiebung nach Afghanistan nur bei familiärem Rückhalt

In einem Ende August veröffentlichten Urteil hat der VGH Baden-Württemberg entschieden, dass Flüchtlinge ohne erlernten Beruf und ohne Vermögen nicht abgeschoben werden dürfen, wenn sie im Herkunftsland nicht mit Unterstützung durch ihre Familie rechnen können.

10. Bundesverfassungsgericht stoppt Abschiebung nach Griechenland

und gab damit dem Eilantrag eines irakischen Flüchtlings statt. Zahlreiche Verwaltungsgerichte hatten bereits zuvor Überstellungen nach Griechenland mit Verweis auf die dortige Situation für Asylsuchende verboten.

11. EU will die Lasten der Immigration gerechter verteilen

Die Kommission will mehr Einwanderer aus Krisengebieten nach Europa holen. Zudem möchte Brüssel künftig Menschen, die vor Krieg und Verfolgung in die EU fliehen, auf die europäischen Länder verteilen

12. Neue Einträge auf www.roma-kosovoinfo.com

13. Termine

Ihr Reiner Klass

1. Tag des Flüchtlings/Interkulturelle Woche

Die Interkulturelle Woche findet dieses Jahr vom 27. September bis zum 3. Oktober statt. Der Tag des Flüchtlings ist wie immer der Freitag in dieser Woche, in diesem Jahr also der 2. Oktober. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg empfiehlt den Initiativen vor Ort, das Thema

Lager/Unterbringung von Flüchtlingen

in den Mittelpunkt von Aktionen zu stellen und diese an oder bei den Gemeinschaftsunterkünften durchzuführen.

Nur noch wenige Flüchtlinge schaffen den Weg nach Deutschland: seit dem Jahr 2002 sind die Zugangszahlen um 80% gesunken und befinden sich mit knapp 15 000 Flüchtlingen im Land auf einem historischen Tiefstand. Zahlreiche Kreise haben teilweise weniger als 100 Flüchtlinge zu betreuen, was die Unterbringung pro Flüchtling insgesamt verteuert. Die Folgen sind bis zu 50% leer stehende Gemeinschaftsunterkünfte im Land bei gleich bleibenden Kosten.

Gründe gibt es also viele, der Bevölkerung zu zeigen, wo und unter welchen Umständen Asylsuchende in unserem Land leben müssen.

Mögliche Aktionen:

- ein Tag der offenen Tür in der Gemeinschaftsunterkunft, ein Begegnungscafé
- Feste, Spiele bei der Unterkunft gemeinsam mit den BewohnerInnen
- Informationsveranstaltungen, -stände
- Kultur, Musik, Theater
- ...

Natürlich erhalten Sie von uns auch in diesem Jahr wieder die Materialien, Informationen, Flyer, die sie im Vorfeld und während der Veranstaltungen benötigen. Das [Bestellformular](#) dafür finden Sie auf unserer Homepage www.fluechtlingsrat-bw.de. **Wir bitten Sie, es umgehend an uns zurückzusenden und darauf außerdem mitzuteilen, was Sie planen.** Natürlich können Sie uns Ihr Vorhaben auch telefonisch (0711 5532834), per Fax (0711 5532835) oder per E-Mail (info@fluechtlingsrat-bw.de) zukommen lassen.

2. Wahlprüfsteine

Noch knapp zwei Wochen bis zu den Bundestagswahlen. Höchste Zeit, auf die Kandidatinnen und Kandidaten für den Bundestag zuzugehen und zu hören, was sie eigentlich zum Thema Flucht und Asyl zu sagen haben.

In unseren [Wahlprüfsteinen](#) haben wir die unserer Meinung nach drängenden Fragen zu acht verschiedenen Themen zusammengestellt. Diese Fragen können von Ihnen verwendet werden, wenn Sie die KandidatInnen anschreiben oder auch eine Veranstaltung mit ihnen durchführen. Antworten, die Sie an uns weiterleiten, werden von uns auf unserer Homepage www.fluechtlingsrat-bw.de veröffentlicht. Dort finden Sie die Fragen auch in einem word-Dokument aufgelistet, so dass Sie den Text auch für Ihre eigenen Schreiben kopieren können.

3. Härtefallkommission in Baden-Württemberg darf weiterarbeiten

Die Landesregierung hat am 19. August beschlossen, die Geltungsdauer der bis Ende 2009 befristeten HFK-Verordnung auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Auch zukünftig sollen durch die Härtefallkommission menschlich schwierige Sonderfälle, für die das Ausländerrecht keine befriedigende Lösung parat hat, gelöst werden.

Die Härtefallkommission arbeitet in Baden-Württemberg seit Sommer 2005. Laut Innenministerium hat sie in diesem Zeitraum nahezu 1.000 Eingaben für 3.400 Personen geprüft. 1.200 Flüchtlinge hätten durch dieses Gremium ein Bleibercht erhalten.

Von Seiten des Innenministeriums wurde betont, dass die Kommission auch zukünftig nur im Ausnahmefall, bei Fällen, die eine besondere humanitäre Dimension haben, zum Tragen kommen dürfe.

Von Januar bis Juni 2009 sind bei der Kommission noch 41 Eingaben für 71 Personen eingegangen.

(Quelle: www.innenministerium.baden-wuerttemberg.de)

4. Save Me Kampagne

4.781 Rettungsringe für Berlin

Seit knapp zwei Jahren gibt es nun die Kampagne "save me - Flüchtlinge aufnehmen!" 40 Städte in ganz Deutschland nehmen bislang daran teil und 14 davon haben bereits einen positiven kommunalen Beschluss bezüglich der Neuaufnahme von Flüchtlingen erreicht. Insgesamt 4.781 Menschen unterstützen dieses Anliegen aktiv mit ihrer Person und ihrem Namen. Das macht Hoffnung und zeigt deutlich: die Menschen vor Ort, in den Städten und Gemeinden, sind weit mutiger und offener als sich das die Berliner Politik vorzustellen wagt. Es ist also höchste Zeit dieses deutliche Signal für einen großzügigen und humanen Umgang mit Flüchtlingen in die Bundespolitik zu tragen!

Deshalb werden wir am Donnerstag den 1. Oktober 2009 vor dem Berliner Hauptbahnhof eine eindrucksvolle Installation errichten - die deutlich machen soll: Viele Menschen in Deutschland sind zur Aufnahme von hilfsbedürftigen Flüchtlingen bereit! Für jede Unterstützerin und jeden Unterstützer wollen wir symbolisch einen Rettungsring auslegen und so vor dem Berliner Hauptbahnhof ein Zeichen für eine Wende in der Flüchtlingspolitik setzen. Das wären dann 4.781 Symbole für einen Neuanfang in der Flüchtlingspolitik!

[Weitere Informationen zur Aktion 4.781 Rettungsringe.](#)

Die lokalen Save Me Kampagnen in Baden-Württemberg:

www.save-me-freiburg.de
www.save-me-heilbronn.de
www.save-me-loerrach.de
www.save-me-reutlingen.de
www.save-me-tuebingen.de
www.save-me-ulm.de

5. US-Deserteur André Shepherd braucht Asyl!

Ein Aufruf zum Antikriegstag 2009 - Unterzeichnet von über 100 Gruppen und Organisationen

US-Deserteur André Shepherd hatte im November 2008 in Deutschland Asyl beantragt. Eine Entscheidung des Bundesamtes für Migration steht nach wie vor aus. Über 100 Gruppen und Organisationen fordern zum 1. September 2009 die Bundesregierung auf, ihm Asyl zu gewähren und generell Verweigerer und Verweigerinnen zu schützen, die sich den Verbrechen der Kriege entziehen und flüchten. Wir dokumentieren die Erklärung im Wortlaut.

André Shepherd desertierte aus der US-Armee und beantragte im November 2008 in Deutschland Asyl. Er stellt sich damit gegen eine Kriegs- und Besatzungspolitik, die im Namen des Krieges gegen den Terror zu großem Leid, Zerstörungen und Hunderttausenden von Toten geführt hat, insbesondere in Irak und Afghanistan.

André Shepherd verweigerte den Einsatz als Hubschraubermechaniker im Irak: Bei einer weiteren Beteiligung wäre ich verantwortlich für zahlreiche völkerrechtswidrige Handlungen. Für mich war daher der Weg eindeutig: Ich musste raus aus dem Militär. Er machte zugleich deutlich, dass auch die Gräueltaten in Afghanistan nicht heruntergespielt werden dürfen. Wenn Obama einen wirklichen Wandel will, muss er den Krieg gegen den Terror vollständig beenden.

In seinem Asylantrag beruft sich André Shepherd auf die Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union, die seit Oktober 2006 in Kraft ist. Mit ihr sollen die geschützt werden, die sich einem völkerrechtswidrigen Krieg oder völkerrechtswidrigen Handlungen entziehen und mit Verfolgung rechnen müssen.

André Shepherds Entscheidung ist mutig angesichts der drohenden Konsequenzen. Auch unter einem US-Präsidenten, auf den viele Hoffnungen gesetzt werden, bleibt er von Strafverfolgung und mehrjähriger Haft bedroht. Zudem werden Deserteure unehrenhaft aus der Armee entlassen, womit sie in den USA als Verräter gelten, ausgegrenzt werden und z.B. kaum einen Job finden können.

Wir betonen: Kriegsdienstverweigerung und Desertion sind mutige individuelle Schritte, sich nicht an Krieg, Kriegsverbrechen und militärischer Gewalt zu beteiligen. Das Nein zum Krieg ist ein wichtiger Schritt zur Beendigung des jeweiligen Krieges.

Zum diesjährigen Antikriegstag erklären die unterzeichnenden Organisationen daher ihre Solidarität mit André Shepherd, der mit seiner Verweigerung ein entschiedenes Zeichen gegen den Krieg gesetzt hat. Die Organisationen fordern die Bundesregierung auf, ihm Asyl zu gewähren und generell Verweigerer und Verweigerinnen zu schützen, die sich den Verbrechen der Kriege entziehen und flüchten.

Die unterzeichnenden Organisationen rufen zugleich dazu auf, für André Shepherd aktiv zu werden. Weitere Informationen sind über die untenstehenden Adressen zu erhalten

(Quelle: Connection e. V.-Pressemitteilung vom 1.09.09, www.connection-ev.de)

6. Altfallregelung: Aufenthaltserlaubnisse in Gefahr

Die [Antwort der Bundesregierung](#) auf eine [Anfrage von Bündnis 90/Grüne](#) im Bundestag zeigt, dass viele der Bleibeberechtigten Ende 2009 ihre Aufenthaltserlaubnis auf Probe wohl wieder verlieren werden.

Von den rund 35.000 Flüchtlingen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung haben 28.000 nur eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe, weil sie bislang ihren Lebensunterhalt nicht bzw. nicht ganz selbstständig bestreiten konnten. Ihnen droht, ab Januar 2010 der Rückfall in die Duldung.

Lediglich gut 40 % der Betroffenen können derzeit damit rechnen, dass ihre Aufenthaltserlaubnis verlängert wird. Weitere 40 % beziehen Sozialleistungen, 15 % ergänzende Sozialleistungen.

Die Zahlen beruhen allerdings lediglich auf einer Stichprobe zum Sozialleistungsbezug bei den Ländern, an

der nur zwölf Bundesländer teilgenommen haben und nur jeder achte Fall berücksichtigt wurde. Sie zeigen deshalb nur eine Tendenz.

An eine Verschiebung des Stichtages wegen der schlechten Wirtschaftslage wird derzeit nicht gedacht. Ähnlich hatte sich am 9. September ein Mitarbeiter des baden-württembergischen Innenministeriums gegenüber dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg geäußert: Man wolle die Situation bis Ende des Jahres beobachten und nur, wenn unüberwindbare Hindernisse vorliegen, entsprechend reagieren.

7. 884 Asyl- beziehungsweise Flüchtlingsanerkennungen im 2. Quartal widerrufen

Inneres/Antwort

Berlin: (hib/STO/BOB) Im zweiten Quartal dieses Jahres sind in Deutschland insgesamt 884 Asyl-beziehungsweise Flüchtlingsanerkennungen zurückgenommen worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([16/13942](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([16/13881](#)) hervor. Danach gab es von April bis Juni 2009 insgesamt 3.269 Entscheidungen über Widerrufsprüfverfahren. Dabei kam es in 2.385 Fällen oder 73 Prozent der Entscheidungen zu keinem Widerruf.

8. 2.448 Asylanträge im August 2009

Im August 2009 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2.448 Asylerstanträge gestellt.

Die Zahl der Asylbewerber ist im Vergleich zum Vormonat um 91 Personen (-3,6 Prozent) gesunken und gegenüber dem Vorjahresmonat August 2008 um 789 Personen (47,6 Prozent) gestiegen.

Von Januar bis August 2009 lag die Zahl der Asylanträge im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 2.984 Personen (20,5 Prozent) höher.

Im August 2009 kamen weiterhin viele Asylbewerber vor allem aus dem Irak (Juni: 430, Juli: 647, August: 611) und aus Afghanistan (Juni: 201, Juli: 324, August: 335).

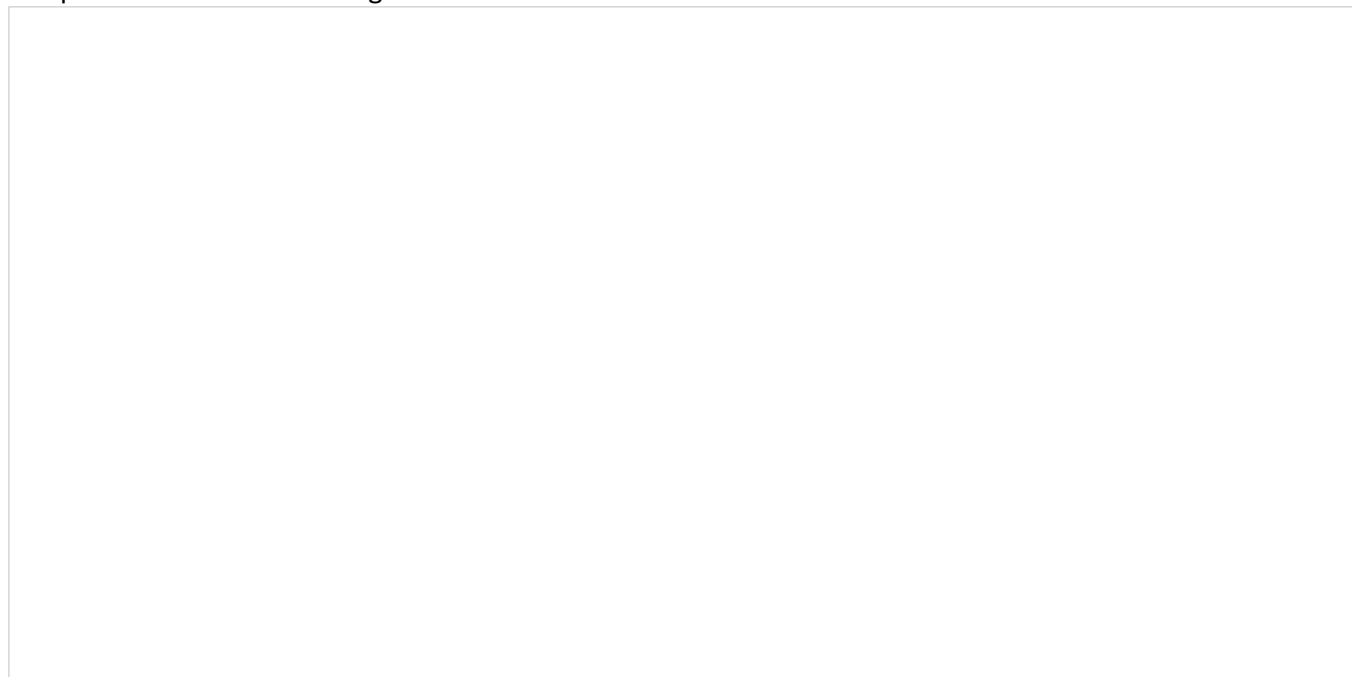
Die Zahlen im Einzelnen:

1. Aktueller Monat

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben im August 2009 2.448 Personen (Vormonat: 2.539 Personen) Asyl beantragt.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat um 91 (-3,6 %) gesunken. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr (August 2008: 1.659 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber im August 2009 um 789 (47,6 %) gestiegen.

Hauptherkunftsländer im August 2009 waren:



(Quelle: Auszug aus einer [Pressemitteilung des BMI](#) vom 11.09.2009)

9. Abschiebung nach Afghanistan nur bei familiärem Rückhalt

In einem Ende August veröffentlichten Urteil hat der VGH Baden-Württemberg entschieden, dass Flüchtlinge ohne erlernten Beruf und ohne Vermögen nicht abgeschoben werden dürfen, wenn sie bei einer Rückkehr nach Kabul nicht mit Unterstützung durch ihre Familie rechnen können.

Zur Begründung hieß es, ein Abschiebungshindernis ergebe sich, wenn der Betroffene in Afghanistan einer extrem zugespitzten Gefahrenlage ausgesetzt wäre, so dass er dem sicheren Tod, schwersten Verletzungen oder dem baldigen sicheren Hungertod ausgeliefert würde. Dies sei im vorliegenden Fall gegeben, da der Kläger als Rückkehrer aus Europa in Afghanistan mit einem Überfall oder einer Entführung rechnen müsse, weil ihm der Besitz von Geld unterstellt werde. Auch ein Ausweichen auf andere Landesteile außer Kabul sei ohne extreme Gefährdung von Leib und Leben nicht möglich.

Gerade alleinstehende junge Männer dürften von dem Urteil profitieren, da ihnen bisher in der Regel bessere Überlebenschancen in Afghanistan unterstellt wurden.

[Presseerklärung des VGH Mannheim vom 31. August 2009](#)

(Quelle: [Pro Asyl-News](#), Stuttgarter Zeitung vom 1.09.09)

10. Bundesverfassungsgericht stoppt Abschiebung nach Griechenland

und gab damit dem Eilantrag eines irakischen Flüchtlings statt. Zahlreiche Verwaltungsgerichte hatten bereits zuvor Überstellungen nach Griechenland mit Verweis auf die dortige Situation für Asylsuchende verboten. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes eröffnet die Möglichkeit, dass im Hauptverfahren endlich der Ausschluss des drohenden Rechtsschutzes bei drohenden Abschiebungen im Dublinverfahren auf den Prüfstand kommt. Das Gericht spricht von einem Grundsatz der Solidarität der greifen könne, wenn das Asylsystem eines Mitgliedstaates völlig überlastet ist.

Auf diese Entscheidung können sich bis auf Weiteres alle Betroffenen berufen. Folge könnte ein genereller Stopp der Abschiebung nach Griechenland sein. 2009 gab es nach Angaben von Pro Asyl knapp 100 Überstellungen, 252 Mal stoppt das BAMF die Abschiebung, 70 Mal die Verwaltungsgerichte.

Zur [Presseerklärung des Bundesverfassungsgerichtes vom 9.09.09](#).

(Quellen: [taz-Pressemitteilung vom 10.09.09](#), [Pro Asyl-Presseerklärung vom 9.09.09](#))

11. EU will die Lasten der Immigration gerechter verteilen

EU-Staaten sollen mehr Flüchtlinge aufnehmen

Brüssel Die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten zur verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisenländern aufgerufen. Dies sei angesichts der Erfahrungen der Nazizeit und des Stalinismus ein Gebot der Menschlichkeit, sagte der für Einwanderung zuständige EU-Kommissar Jacques Barrot. Die EU-Kommission plant stärkere finanzielle Anreize für die Mitgliedstaaten.

Das Recht auf Asyl gehört zu den Grundwerten Europas, sagte Barrot bei der Vorstellung eines Strategiepapiers zur Schaffung eines gemeinsamen EU-Umsiedlungsprogramms. Damit sollen mehr Menschen in Europa Schutz finden, die etwa aus dem Irak oder afrikanischen Krisenländern wie Somalia oder dem Sudan fliehen mussten und keine Chance auf Rückkehr haben.

Im internationalen Vergleich liegt die EU bei der Flüchtlingshilfe zurück. Im vergangenen Jahr nahmen alle EU-Staaten zusammen rund 4400 Menschen aus Krisenländern auf, die USA dagegen rund 60.000. Weltweit suchen nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) rund 747.000 Menschen Schutz. Die größten Anstrengungen bei den sogenannten Resettlement-Programmen in Zusammenarbeit mit dem UNHCR machte innerhalb der EU Schweden.

Die Kommission schlägt EU-weite Jahresziele für die Aufnahme von besonders verfolgten Flüchtlingen aus bestimmten Regionen vor. Verpflichtende Aufnahmequoten für einzelne Mitgliedstaaten werde es aber

nicht geben, versicherte Barrot. Wir appellieren an die Mitgliedstaaten, sich solidarisch zu zeigen, sagte der französische Kommissar. Dies könne auch über den gemeinsamen Einsatz von Ärzten in Krisengebieten oder die Hilfe bei Flüchtlingstransporten geschehen.

Für die Flüchtlings-Aufnahme sollen die EU-Staaten stärkere finanzielle Anreize aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds erhalten. Der vor zwei Jahren geschaffene Fonds ist in diesem Jahr mit rund 90 Millionen Euro dotiert. Bis 2013 steigen die Mittel aus dem EU-Budget auf rund 120 Millionen Euro.

Beispielhaft nannte Barrot die deutsche Initiative zur Aufnahme verfolgter Iraker aus dem vergangenen Jahr. In Deutschland fanden nach Kommissionsangaben rund 2500 Menschen Zuflucht, EU-weit waren es in den vergangenen drei Jahren rund 8000. Deutschland erhielt dafür 8,6 Millionen Euro aus dem Flüchtlingsfonds.

(Quelle: AFP, 2.09.2009)

12. Neue Einträge auf www.roma-kosovoinfo.com

Nachrichten:

8. September 2009

Übergriffe gegen Roma - Human Rights Watch und Amnesty International fordern Untersuchungen

Die Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch (HRW) und Amnesty International haben auf die ungebrochene Gefährdungssituation für Roma im Kosovo aufmerksam gemacht: Im Kosovo sei die Roma-Minderheit nach wie vor Gewaltakten ausgesetzt; die Behörden würden keine geeigneten Maßnahmen zum Schutz der Minderheit und zur Aufklärung solcher Straftaten ergreifen.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=226&Itemid=1

19. August 2009

Chachipe: Zwischenfälle werfen Zweifel an Berichterstattung über Lage der Minderheiten auf (PR)

In einem Bericht über eine Serie von Angriffen auf Roma in Gnjilane, im Osten Kosovos, die möglicherweise einen ethnischen Hintergrund haben, äußert die Menschenrechtsorganisation Chachipe ernsthafte Zweifel über die Qualität und Objektivität der Berichterstattung über ethnisch motivierte Gewalttaten gegenüber Roma. Berichten zufolge, wurden in den letzten Juliwochen in einem traditionellen Romaviertel in Gnjilane, mehrere Roma von albanischen Nachbarn angegriffen und misshandelt, ohne dass die internationalen Organisationen darüber berichtet hätten.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=225&Itemid=1

Dokumente:

Chachipe: Whose responsibility? Reporting on ethnically motivated crime against Roma in Kosovo - A case study, August 2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35#Aktuell

Eva Klippenstein: Kalter Frieden im Kosovo. Eindrücke einer Informationsreise (Juli 2009)

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35#Reiseberichte

Rom e.V.: Reisebericht April 2009 (Teil 1)

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35#Reiseberichte

Audio:

Ich will nach Deutschland zurück. Aus Deutschland abgeschobene Roma im Kosovo trauern ihrer Heimat hinterher, Deutschlandfunk, 14.7.2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=23&Itemid=36

Medienspiegel:

Flüchtlinge in Münster - Abschiebebescheide für 302 Roma, Münstersche Zeitung vom 11.9.2009

<http://www.muensterschezeitung.de/lokales/muenster/Muenster-Abschiebebescheide-fuer-302-Roma;art993,666774>

»Meine Kinder sind norddeutsch«. Roma-Familien wehren sich, dass sie nach vielen Jahren den Landkreis verlassen sollen, Elbe-Jeetzel-Zeitung

<http://www.ejz.de/index.php?&kat=50&red=28&artikel=109212965&archiv=1>

Angst vor Aussetzung in einem fremden Land, Westfalen-Blatt v. 28.8.2009

<http://www.westfalen-blatt.de/nachrichten/regional/herford.php?id=30466&artikel=1>

Roma vor humanitärer Katastrophe. Flüchtlingsbegleitgruppe ruft die Herforder Bürger zur Solidarität auf, in: Neue Westfälische v. 28.8.2009

http://www.nw-news.de/lokale_news/herford/herford/3095475_Roma_vor_humanitaerer_Katastrophe.html

Bleiberecht: Zeit wird knapp, Tageblatt v. 20.8.2009

http://www.tageblatt-online.de/lokales/kreis_steinfurt/kreis_steinfurt/1109725_Bleiberecht_Zeit_wird_knapp.html

Abschiebung droht: 60 Roma in Angst, Ahleener Zeitung v. 7.8.2009

http://www.ahleener-zeitung.de/lokales/muenster/nachrichten/1102358_Abschiebung_droht_60_Roma_in_Angst.html

Mehr als 300 Roma haben Angst vor der Abschiebung, Münstersche Zeitung, 25.7.2009

<http://www.muensterschezeitung.de/lokales/muenster/Muenster;art993,621484>

Endstation Kosovo. Deutschland schickt Roma in ihr Herkunftsland zurück. Ein schwerer Fehler, sagt Thomas Hammarberg, Menschenrechtskommissar der EU, Frankfurter Rundschau v. 15.7.2009

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/1836888_Menschenrechtskommissar-Hammarberg-im-Interview-Endstation-Kosovo.html

Ich will nach Deutschland zurück. Aus Deutschland abgeschobene Roma im Kosovo trauern ihrer Heimat hinterher, Deutschlandfunk, 14.7.2009

Manuskript: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/998817/>

Audio: http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2009/07/14/dlf_20090714_0917_fbf9c5e6.mp3

Gericht: Familie darf abgeschoben werden. Behinderung eines Sohnes ist für Entscheidung nicht relevant - Roma-Familie lebt seit 13 Jahren im Landkreis, Braunschweiger Zeitung v. 14.7.2009

<http://www.newsclick.de/index.jsp/menuid/2164/artid/10632672>

Home Sick. Ten years after being displaced by war, hundreds of Kosovar Roma still live where the UN put them - atop a toxic dump. A TOL multimedia presentation, 12.8.2009

<http://www.tol.cz/look/TOL/article.tpl?IdLanguage=1&IdPublication=4&NrIssue=334&NrSection=3&NrArticle=20760>

13. Termine

Plenum des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

07.11.2009

Herbsttagung des Flüchtlingsrates B.-W. in Bad Herrenalb:

18.-20.09.2009: Perspektiven einer humaneren Flüchtlingspolitik in Deutschland. Analysen und Strategien.

[Veranstaltungen in der Interkulturellen Woche/zum Tag des Flüchtlings in Baden-Württemberg.](#)

Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg: Höchste Zeit, Veranstaltungen für den Herbst und Winter zu planen. Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für die Durchführung weiterer Vorträge/Veranstaltungen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

Weitere Termine in Baden-Württemberg:

17.09.2009, Heidelberg: Zerrin Konur/Anna K. Wolf (Rechtsanwältinnen): Rechte türkischer Staatsangehöriger: 6. Abend einer (kostenlosen) Vortragsreihe zum Migrationsrecht. TeilnehmerInnen werden um Voranmeldung gebeten unter Tel. 06221 8936184. Weitere geplante Themen: Niederlassungserlaubnis (8.10.), Ausweisung (12.11.), Duldung (10.12.)

29.11.-1.12.2009, Bad Boll, Ev. Akademie: Tagung Traumatherapie und gesellschaftliches Umfeld. [Weitere Informationen.](#)

16.09., 20 Uhr, Reutlingen, Franz K,

17.09., 19.30 Uhr Karlsruhe, Gaststätte Walhalla,

18.09., 19 Uhr Stuttgart, Generationenhaus Heschl:

Informations- und Solidaritätsveranstaltung mit Eren Keskin (Menschenrechtsaktivistin/Istanbul) und Sudan Güven (Vorsitzende des SELIS Frauenvereins, Demokratische Freie Frauenbewegung/Diyarbakir) über

- Ziele der Frauenbewegung in der Türkei/Kurdistan
- Warum geht der türkische Staat so hart gegen die Frauenbewegung vor?
- Was tut das Frauenbündnis für Frieden?
- Vorschläge der Frauen für eine Friedenslösung in der kurdischen Frage
- Möglichkeiten der Unterstützung der Frauen in der Türkei. [Weitere Informationen/Flyer.](#)

Sonstige Termine, bundesweit:

08.-18.11. 2009: Ökumenische Friedensdekade: Mauern überwinden. [Weitere Informationen.](#)

14.-16.10.2009: Flüchtling Mensch Bürger. Perspektiven im Umgang mit Flüchtlingen. Herbsttagung des Bundesfachverbandes Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge. Trier, Robert Schumann Haus. [Weitere Informationen.](#)

29.-30.10.2009: Fachtagung Flüchtlingsschutz als globale und lokale Herausforderung. Köln, Fachhochschule, in Zusammenarbeit mit dem Kölner Flüchtlingsrat. [Weitere Informationen.](#)

25.11.2009: Internationaler Tag 'Nein zu Gewalt an Frauen' und [Terre des Femmes-Fahnenaktion.](#)

27.09.-3.10.2009: Interkulturelle Woche.

02.10.2009: Tag des Flüchtlings

20.11.2009: Tag der Kinderrechte; 20 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

25.11.2009: Internationaler Tag Nein zu Gewalt an Frauen

04.12.2009: Innenministerkonferenz in Bremen

10.12.2009: Tag der Menschenrechte